

Garrelt Duin

Ostfriesisch. Klar.

Moin,

ich wünsche viel Spaß beim
Lesen des Newsletters.

Herzliche Grüße
Garrelt Duin, MdB



Europa in der Krise, Regierung handlungsunfähig

EU, Internationaler Währungsfonds (IWF) und die Europäische Zentralbank (EZB) haben am 9. Mai ein Maßnahmenbündel mit Garantien in Höhe von 750 Milliarden Euro geschnürt, das der Stärkung und dem Schutz des Euro dienen soll. Deutschlands Anteil an den Kreditbürgschaften soll mehr als 147 Milliarden Euro betragen.

In dieser Woche stand die Abstimmung des Deutschen Bundestages zu diesem Paket im Mittelpunkt der Debatten. Die Beratungen haben abermals deutlich gemacht, dass die Regierung weder Linie noch Richtung hat und vor allem keinen Mut. Die Regierung hat bisher alle Entscheidungen verschleppt und einzig durch ihr ständiges Zaudern Beständigkeit gezeigt hat. Jetzt wirkt Merkel nur noch wie eine Getriebene auf der internationalen und der europäischen Ebene. Sie wird gejagt von der FDP, der eigenen Partei, der Opposition und der Finanzlobby. Wäre sie früher bereit gewesen zu handeln, hätten wir Milliarden sparen können. Stattdessen hat sie taktische Spielchen gespielt. So kann man kein Land in einer Krise führen. Deutschland müsste in Europa eine Führungsrolle übernehmen. Frau Merkel aber hat unser Land isoliert. Noch nie seit dem Bestehen der europäischen Einigung vor 60 Jahren war der Ruf der Bundesrepublik in Europa so ruiniert wie heute.



Deutschlands Anteil an den Kreditbürgschaften soll mehr als 147 Milliarden Euro betragen.

Nachdem die Kanzlerin so viel Vertrauen verspielt hat, haben wir unsere Entscheidung zur Abstimmung davon abhängig gemacht, ob den Worten auch Taten folgen. Reine Absichtserklärungen reichen nicht mehr aus. Wir haben eine bindende Aussage schwarz auf weiß gefordert, dass die Bundesregierung sich auf europäischer und auf internationaler Ebene aktiv für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sowie für schärfere Finanzmarktregeln einsetzt. Diese haben wir nicht erhalten. Wir haben uns bei der Abstimmung enthalten, weil wir zwar grundsätzlich den Rettungsschirm für notwendig erachten, ihn aber nicht ausreichend flän-

kert sehen durch weitergehende Maßnahmen. Wie auch bei der Griechenland-Hilfe sehen wir in einer reinen Kreditermächtigung keine Lösung für diese so grundlegende Krise. Wir brauchen zusätzliche Maßnahmen gegen Spekulationen, eine Beteiligung der Banken an den Kosten und können nicht die Steuerzahler ein zweites Mal für das unverantwortliche Verhalten von Finanzmarktakteuren in Anspruch nehmen. Wir bekennen uns ausdrücklich zu einem starken, sozialen und demokratischen Europa, das seinen Namen auch verdient. Das ist allerdings ein anderes Europa als es Frau Merkel und ihre Regierungskoalition wollen. Obwohl mit ihrer neoli-

beralen Politik offensichtlich gescheitert, wollen sie im Grunde so weitermachen. Und sie werden die Krise nutzen, um den Sozialstaat weiter abzubauen. Das können wir Sozialdemokraten nicht mittragen.

Für uns ist Europa mehr als ein Markt. Die Chance, nachhaltige Verbesserungen für die Stabilität der gemeinsamen Währung, aber auch einen politischen Neuanfang für den Zusammenhalt der Europäischen Union zu erreichen, ist jetzt da. Diese Regierung ist dazu aber offensichtlich nicht in der Lage: Mitten in der größten Krise ist sie aufgrund ihrer inneren Widersprüche schlicht handlungsunfähig.

Das schwarz-gelbe Kabinett im Fakten-Check: Rainer Brüderle

Rainer Brüderle (FDP): Sachbearbeiter auf Abruf

Wirtschaftsminister Rainer Brüderle gilt selbst in den eigenen Reihen als „Totalausfall“ im Bundeskabinett. Von Wirtschaftsvertretern wird er mehr und mehr als durchsetzungsschwacher „Pantoffelheld“ verspottet (Der Spiegel, 10.05.2010). Seine Auftritte im Bundestag sind mittlerweile gefürchtet. Brüderle liest seine Sachbearbeiter-Reden gelangweilt vom Blatt ab und verliert sich in Klein- und Kleinstprojekten ohne jede ordnungspolitische Linie. Der Minister hat kein Konzept, wie die riesigen wirtschaftlichen Probleme Deutschlands und Europas inmitten der größten Krise der Nachkriegszeit zu lösen sind. Es heißt, Rainer Brüderle habe über 11 Jahre auf seinen „Traumberuf Chef“ im Bundeswirtschaftsministerium hingearbeitet. Jetzt wäre er am Ziel, doch das Amt zerrinnt ihm zwischen den Fingern. So schwach und einflusslos war das Wirtschaftsministerium wohl zuletzt unter Martin Bangemann. Die Eurokrise entblößt mit unmissverständlicher Klarheit die Schwäche des deutschen Wirtschaftsministers. Als Wolfgang Schäuble vor der entscheidenden Sitzung der europäischen Finanzminister in Brüssel am 8. Mai, wo über das 750-Milliarden-Euro-Rettungspaket für die Eurozone verhandelt wurde, erkrankte, schickte Angela Merkel nicht etwa Brüderle als den zuständigen Vertreter, sondern Innenminister de Maizière. Daher muss man fragen, hat Brüderle eigentlich noch den Rückhalt der Kanzlerin? Und hat Vizkanzler Westerwelle vorher davon gewusst und es sogar gebilligt? Brüderle ist schwer beschädigt, ohne Autorität und agiert als Minister auf Abruf.

Deutschland in der Krise? Brüderle, der Schönredner

Monatelang ließ uns Brüderle im Unklaren über einen konkreten Weg aus der Krise. Der Versuch,

Licht ins Dunkel zu bringen, erfolgte dann anlässlich seiner Regierungserklärung am 21. April 2010. Brüderle erklärt: „Deutschlands Wirtschaft wächst wieder und wir beobachten ein kleines Jobwunder“ und die BILD-Zeitung titelt: „Brüderle erklärt das kleine Wirtschaftswunder“. Fakt ist aber: Die Prognosen für 2010 sind gedämpft. Zuletzt hat der IWF seine Prognose für 2010 auf 1,2 % nach unten korrigiert. Und: Die Hälfte dieses Wachstums ist Folge der von uns maßgeblich mitgestalteten Konjunkturpakete, die zum Ende dieses Jahres größtenteils auslaufen.

Nachhaltige Wachstumspolitik? Fehlanzeige

Die Politik des Wirtschaftsministers wird den aktuellen wirtschaftspolitischen Herausforderungen nicht annähernd gerecht und enthält kein Konzept für nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Die zentralen Fragen der Wirtschaftspolitik bleiben unbeantwortet. Um gestärkt aus der Krise zu kommen, ist eine intelligente Wachstumsstrategie gefragt. Frank-Walter Steinmeiers Deutschland-Plan liefert dafür den Kompass. Wir haben dazu ein eigenes Konzept für nachhaltiges Wachstum, gute Arbeit und gerechte Teilhabe in den Deutschen Bundestag eingebracht. Wir stellen dies der Konzept- und Tatenlosigkeit des Bundeswirtschaftsministers entgegen. Von der immer wieder beschworenen Wirtschaftskompetenz der FDP ist nichts in Sicht.

Wir fordern: Brüderle muss jetzt ein Gesamtkonzept vorlegen. Wir brauchen eine Stärkung der Investitionen, um den Innovationsprozess zu beschleunigen und die Gefahr einer lang anhaltenden Stagnation der deutschen Wirtschaft abzuwenden.

Die Zukunft von Opel? Verlagt und verzagt

Opel muss und kann aus eigener Kraft zukunftsfähig werden. Dabei stehen in Deutschland und Europa Zehntausende von Arbeitsplätzen, wichtiges Know-how und Wertschöpfungsketten auf dem Spiel. Brüderle aber spielt auf Zeit: Keine Spitzengespräche, denn erst müsse das Opel-Konzept weiter geprüft und die Diskussion vorangetrieben werden. Brüderle versucht, die Verantwortung nach Brüssel abzuschieben. Doch haben die Ministerpräsidenten der Länder mit Opel-Standorten ihre kurzfristige Gesprächsbereitschaft bereits wiederholt angeboten. Der Minister bewegt sich nicht. Es reicht aber nicht aus, Gespräche nur auf der Beamtenebene zu führen. Das lässt nur einen Schluss zu: Brüderle will die Opel-Standorte gar nicht sichern.

Wir fordern: Minister Brüderle muss unverzüglich mit Vertretern der Opel-Bundesländer, Gewerkschaften und mit Betriebsräten des Unternehmens Gespräche aufnehmen. Wir brauchen jetzt ein entschiedenes Aktionsprogramm, um zu retten, was noch zu retten ist. Es kann nicht sein, dass im Eilverfahren gigantische Milliardenbürgschaften für Banken auf den Weg gebracht werden, aber für die Rettung eines zentralen Industrieunternehmens nur ein Schulterzucken übrig bleibt.

Effektive Wirtschaftsförderung? Nichts als nebulöse Ankündigungen

In der Wirtschaftsförderung – insbesondere der von Brüderle immer wieder gebetsmühlenartig wiederholten Förderung des Mittelstandes – ist der Minister ein Totalausfall. Die Investitionen sind in Deutschland um rund 20 Prozent erdrutschartig eingebrochen. Unternehmen verlagern ihre Investitionen ins Ausland, insbesondere nach Asien. Schlüsselbranchen in Deutsch-

land wie die Chemie schiebt derzeit keine neuen Projekte mehr an. Neue innovative Branchen wie die Solartechnologie wandern ab, weil Schwarz-Gelb mit scharfen Einschnitten in die Förderung den Abbruch langfristiger Strategien der Marktdurchdringung riskiert. Brüderle wirkt bei all dem hilflos und orientierungslos.

Wir fordern: Notwendig ist ein Impuls-Programm für Investitionen, das Anreize schafft, um inländische Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Jeder weitere Zeitverlust verstärkt die Gefahr. Sofortiges Handeln ist geboten.

Kreditmediator? Schaufensterpolitik statt Sicherung der Unternehmensfinanzierung

Mit der Einsetzung des Kreditmediators Metternich wollte Brüderle der drohenden Kreditklemme vor allem für größere mittelständische Firmen entgegenreten. Der Kreditmediator, der Ende 2011 schon wieder abgeschafft werden soll, kostet den Bundeshaushalt 5 Millionen Euro jährlich. Bezeichnend: Metternich, ein „Spezi“ von Brüderle, bekommt für seine Arbeit mehr Gehalt als die Bundeskanzlerin, hat aber innerhalb von zwei Monaten mit seinem gesamten Mitarbeiterstab lediglich 26 Anträge bearbeitet. Der Mediator ist ein Feigenblatt, das die wirtschaftspolitische Blöße bedecken soll, denn die Bundesregierung steht nackt da.

Wir fordern: Kleine und mittlere Unternehmen müssen in der Kreditkrise wirksam unterstützt werden. In Betracht kommen als Instrumente u. a. ein Beteiligungsfonds zur Stärkung mittelständischer Unternehmen und die verstärkte Nutzung von privatem Wagniskapital.

Regierung soll Patientenrechtegesetz vorlegen

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich bereits in der Großen Koalition dafür ausgesprochen, die Rechte von Patientinnen und Patienten in einem eigenständigen Patientenrechtegesetz besser zu schützen. Damit sollte Transparenz und Klarheit für alle Beteiligten geschaffen werden. Dazu hatte die SPD-Bundestagsfraktion bereits im Mai 2009 als Ergebnis der Arbeitsgruppe Patientenrechte Eckpunkte für ein entsprechendes Gesetz vorgelegt. Doch mit der Union war die Verabschiedung eines Gesetzes nicht mehr möglich. Deshalb fordern wir jetzt die schwarz-gelbe Regierung auf, endlich eindeutig die Rechte von Patientinnen und Patienten gesetzlich zu verankern. Bisher plant die Regierung allerdings in diesem Jahr nur Eckpunkte auf den Tisch zu legen und den Gesetzentwurf erst 2011 zu verabschieden. Wir finden hier geht zu

Ungunsten der Patientinnen und Patienten viel Zeit verloren. Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion „Für ein modernes Patientenrechtegesetz“ hat der Bundestag am 20. Mai 2010 beraten. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Schutz von Patientinnen und Patienten in Deutschland sind im internationalen Vergleich gut. Im Fünften Sozialgesetzbuch wurden in den letzten zehn Jahren verstärkt Patientenrechte und Patientenbeteiligung im Gesundheitssystem verankert. Zentral waren die Verankerung von Mitberatungs- und Antragsrechten für Patientenvertreter im Gemeinsamen Bundesausschuss, die Einrichtung des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen sowie die Schaffung des Amtes des Patientenbeauftragten der Bundesregierung als eine zentrale Vertretung von Patienteninteressen. Die Rechtsprechung hat das geltende Recht an vielen Stellen im Interesse der Patientinnen und Patienten ausgelegt, z. B. hinsichtlich



Wir fordern die schwarz-gelbe Regierung auf, endlich eindeutig die Rechte von Patientinnen und Patienten gesetzlich zu verankern.

verschiedener Beweiserleichterungen. Das deutsche Arzthaftungsrecht ist verglichen mit anderen Ländern patientenfreundlich. Das geltende Recht ist allerdings wenig transparent und es bestehen Vollzugsdefizite. Außerdem genügt es den Ansprüchen an ein modernes Patientenrechtegesetz mit Beteiligungsrechten der Betroffenen nicht.

In ihrem Antrag fordert die SPD-Bundestagsfraktion die schwarz-gelbe Bundesregierung auf, ein Gesetz zum Schutz der Patientenrechte vorzulegen. Ein modernes Patientenrechtegesetz muss die heute bestehenden Rechte der Patientinnen und Patienten allerdings nicht nur zusammenführen und auf Vollzugsdefizite reagieren. Insbesondere die Erfahrungen der Patientenbeauftragten der Bundesregierung der letzten Legislaturperioden haben verdeutlicht, dass die Patientenrechte in vielen Bereichen deutlich erweitert werden müssen.

Ausgangspunkt einer Erweiterung der Patientenrechte muss es sein, Patientinnen und Patienten von

Betroffenen zu Beteiligten zu machen. Im Mittelpunkt steht dabei ein fairer Ausgleich der Interessen der Patientinnen und Patienten auf der einen und der Leistungserbringer und Kostenträger auf der anderen Seite. Die Qualität der Behandlung und die Patientensicherheit werden dort gestärkt, wo die informierte Patientin oder der informierte Patient dem Arzt oder der Ärztin gegenüberstehen. Partnerschaftliche Entscheidungen von Arzt und Patient führen zudem zu einer aktiveren Krankheitsbewältigung und zu nachweislich besseren Behandlungsergebnissen. Ein zentraler Punkt der Patientenrechte ist die Patientensicherheit. Laut Zahlen des Aktionsbündnisses Patientensicherheit gibt es bei 17 Millionen Krankenhauspatienten pro Jahr 17.000 Todesfälle durch vermeidbare unerwünschte Ereignisse. Viele dieser und anderer unerwünschter Ereignisse gehen auf Fehler zurück, die infolge komplexer und arbeitsteiliger Abläufe unter hoher Arbeitsbelastung und

bei schneller Entscheidungsfrequenz entstehen. Daher müssen organisatorische Mängel, die zu Behandlungsfehlern führen, prioritär beseitigt werden.

In einem eigenständigen Patientenrechtegesetz sollen folgende Bereiche verbindlich geregelt werden:

- Ausdrückliche Festsetzung von Rechten und Pflichten aus dem Behandlungsvertrag zwischen Patienten und medizinischem Personal
- Verbesserungen im Bereich Risikomanagement
- Stärkung der Opfer von Behandlungsfehlern
- Optimierung der Leichenschau, die künftig nur noch von speziell geschulten, unabhängigen Leichenschauärzten durchgeführt werden darf
- Stärkung der kollektiven Beteiligungsrechte der Patientinnen und Patienten
- Stärkung der Patientenrechte gegenüber Sozialleistungsträgern

JadeWeserPort optimal anbinden

Der JadeWeserPort in Wilhelmshaven ist ein zentrales Zukunftsprojekt für unsere gesamte Region.

Als Container-Tiefwasserhafen ist das Bauvorhaben von überragender nationaler Bedeutung. Insgesamt werden rund 950 Millionen Euro investiert. Deutschland als exportorientierte Wirtschaftsnation ist auf leistungsfähige Infrastrukturen angewiesen. Die Exporte ziehen bereits wieder an – deutsche Produkte sind weltweit gefragt. Wenn sie nicht schnell und effizient ihre Kunden erreichen, schaden wir den Unternehmen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Nach Fertigstellung des JadeWeserPorts sollen zunächst 2,7 Millionen Container pro Jahr umge-

schlagen werden. Der JadeWeserPort braucht daher eine optimale Schienenanbindung. Bis 2012 müssen die notwendigen Baumaßnahmen auf der Strecke Wilhelmshaven-Oldenburg abgeschlossen sein, um einen reibungslosen Beginn der Verkehrstätigkeit am Hafen nicht zu gefährden.

Die Vorgängerregierungen waren sich der enormen Bedeutung des Bauprojektes stets bewusst. In den letzten Wochen gab es jedoch wiederholt Medienberichte, nach denen die Finanzierung des Streckenausbaus noch nicht gesichert sei. An der Entschlossenheit der Bundesregierung, dieses wichtige Infrastrukturvorhaben voranzubringen, darf man offenbar zweifeln. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert daher

in einer Kleinen Anfrage Klarheit von Minister Ramsauer und Kanzlerin Merkel. Welchen Zeitplan verfolgt die Regierung? Wie soll der erwartete zusätzliche Verkehr nach Inbetriebnahme des JadeWeserPort bewältigt werden? Auf welcher Grundlage fällt die Bundesregierung ihre Entscheidungen in Bezug auf das Projekt? Wie steht es genau um die Finanzierung? Und wie ist der Stand der Vorbereitungen bei der Deutschen Bahn AG? Wir werden keine Gelegenheit auslassen, die Bundesregierung an ihre Zusagen zu erinnern. Der Nordwesten Deutschlands braucht den JadeWeserPort. Und der JadeWeserPort braucht die Schiene als leistungsstarke Verkehrsanbindung.

Die vollständige Anfrage gibt es auch unter www.garreltduin.de.

Termine

- **Mittwoch, 26. Mai 2010**
Vorstandssitzung des SPD-Unterbezirks, Emden
- **Donnerstag, 27. Mai 2010**
Diskussionsgast bei den WDR Funkhausgesprächen, Köln
- **Freitag, 28. Mai 2010**
Sitzung des SPD-Landesvorstands, Stade
- **Samstag, 29. Mai 2010**
Landesparteitag der SPD-Niedersachsen, Stade
- **Montag, 31. Mai 2010**
Informationsbesuch des Sozialwerkes Nazareth, Norddeich
- **Dienstag, 2. Juni 2010**
Informationsbesuch beim Verbund Ausbildung Ostfriesland e.V.
- **7. bis 11. Juni 2010**
Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berlin

Spruch der Woche

„Das waren noch schöne Zeiten!“

Bundeskanzlerin Angela Merkel zu Sigmar Gabriel, als der ein Foto von ihr und Frank-Walter Steinmeier während seiner Rede hochhält

Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 - 227 - 70145
Fax: 030 - 227 - 76445
garrelt.duin@bundestag.de
www.garreltduin.de



Am 19. Mai 2010 hat die Landesgruppe Niedersachsen wieder zum alljährlichen Pfingsttreffen eingeladen. Neben Holger Ortel, MdB, Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen/Bremen, begrüßte auch Garrelt Duin zahlreiche Gäste aus Politik und Wirtschaft in der Landesvertretung Bremen.